

REPORT 2015
DER LEITERIN DES BÜROS FÜR CHANCENGLEICHHEIT UND VIELFALT UND
GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN MARTINA TRAUTH-KOSCHNICK
VOR DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG AM 4. MÄRZ 2015

Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete!

Ich blicke heute auf 5 Jahre meiner Amtszeit als Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt zurück und möchte Ihnen mit meinem Report die wichtigsten Herausforderungen und Erfolge meiner Arbeit aufzeigen.

Moderne Beauftragtenarbeit

Ich beginne mit dem Wandel der Rolle der Beauftragten im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt, denn diese hat sich in den vergangenen Jahren stark geändert. Integration und Zuwanderung, demografischer Wandel, Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik durch die UN Behindertenrechtskonvention sowie das Instrument des Gender Mainstreaming, also die Berücksichtigung unterschiedlicher Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei allen gesellschaftlichen und politischen Vorhaben, führten und führen zu einer immer größer werdenden Komplexität der Arbeit von uns Beauftragten.

Dieser Wandel hat auch die Arbeitsfelder von uns Beauftragten schrittweise erweitert und verändert. Gehörten früher hauptsächlich individuelle Hilfestellung, Unterstützung und Ombudsfunktion zu unseren Aufgaben, sehen wir uns heute mit Anforderungen der Konzeptentwicklung und mit Strategie- und Steuerungsfragen konfrontiert. Diese werden auch politisch zunehmend stärker eingefordert wie es zum Beispiel das Integrationskonzept oder der lokale Teilhabeplan zeigen. Um unserer Arbeit im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt eine einheitliche Orientierung zu geben, haben wir im letzten Jahr „Leitlinien moderner Beauftragtenarbeit“ formuliert.

Die Leitlinien zeigen unser Selbstverständnis, unsere Ziele und die Art und Weise, wie wir diese umsetzen wollen.

Lokaler Teilhabeplan

Viel beschäftigt hat uns Beauftragte in den letzten Jahren die Erarbeitung und schrittweise Umsetzung des lokalen Teilhabeplans. Wir hatten den Anspruch, ein wirklich inklusives Beteiligungsverfahren umzusetzen. Wir haben versucht, Bedingungen zu schaffen, damit sich Menschen mit Behinderung aktiv einbringen und auf gleicher Augenhöhe mit Politik und Verwaltung kommunizieren können. Das ist uns, dank auch Ihrer Unterstützung gelungen.

Wir haben mittlerweile die 180 Maßnahmen des lokalen Teilhabeplans durch ein Bewertungsverfahren, an dem die Beiräte, Politik und Verwaltung mitgewirkt haben priorisiert und auch festgestellt, dass schon viele Maßnahmen umgesetzt werden oder sogar schon zum Abschluss gekommen sind. Das ist in meinen Augen ein großer Erfolg, der zeigt, dass der Wille zur Inklusion in Potsdam politisch und gesellschaftlich vorhanden ist – bei allen Schwierigkeiten, die diese Vision mit sich bringt und bei allen Herausforderungen, die noch vor uns liegen, um Potsdam inklusiver zu gestalten.

Gleichstellungspolitik

Lassen Sie mich zur Gleichstellungspolitik kommen. Als Gleichstellungsbeauftragte setze ich mich für die im Grundgesetz verankerte Gleichstellung ein. Ich decke bestehende Nachteile auf und entwickle Lösungsvorschläge und Maßnahmen, um die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebens- und Arbeitsbereichen zu fördern.

Zu Beginn meiner Amtszeit erarbeitete ich einen Gleichstellungsplan, der als verbindliches Instrument die tatsächliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in der Stadtverwaltung vorantreiben soll. Ich wirke an unterschiedlichen Stellenbesetzungsverfahren mit, berate Mitarbeitende bei Bewerbungen und Karriereplanung und unterstütze sie bei Fragen zu Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir haben in der Stadtverwaltung Potsdam ein einigermaßen ausgeglichenes Verhältnis was den Anteil von Frauen und Männern in Führungspositionen betrifft. Allerdings ist Teilzeitarbeit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie nach wie vor in erster Linie Frauensache, was eine strukturelle Benachteiligung im Erwerbsleben bedeutet. Teilzeitbeschäftigung hat nicht nur erhebliche negative Auswirkungen auf das Einkommen, sondern auch auf die finanzielle Absicherung im Alter.

Durch eine interne Gleichstellungsdienstordnung habe ich viele Rechte und Kompetenzen, die es mir ermöglichen, eine wirkungsvolle Gleichstellungsarbeit umsetzen zu können. Viele meiner Kolleginnen im Land Brandenburg würden sich eine solche Regelung wünschen. In manchen Kommunen werden Gleichstellungsbeauftragte noch nicht mal an Bewerbungsgesprächen beteiligt.

Meine Kolleginnen im Landkreis zu unterstützen ist mir wichtig, da ich finde, dass Potsdam als Landeshauptstadt auch in Sachen Gleichstellungspolitik eine Vorbildfunktion haben sollte. So habe ich die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten aktiv bei ihren Zuarbeiten zur Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes unterstützt. Leider waren unsere Bemühungen ohne Erfolg. Das novellierte Landesgleichstellungsgesetz führte zwar zu einigen Verbesserungen auf Landesebene, die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sind jedoch, was ihre Befugnisse betrifft, weiterhin vom guten Willen ihrer zumeist männlichen Behördenleitungen abhängig. Das ist bedauerlich und unterschätzt das Potenzial einer konsistenten Gleichstellungspolitik vor Ort in den Städten und Gemeinden Brandenburgs.

Alleinerziehende

Ein wichtiger Schwerpunkt meiner Arbeit ist die Unterstützung von Alleinerziehenden. Ich habe ein Netzwerk für Alleinerziehende ins Leben gerufen und weitere Hilfs- und Unterstützungsangebote für Alleinerziehende initiiert. Nach offiziellen Statistiken leben in Potsdam 5.000 Alleinerziehende, 91 Prozent davon sind Frauen. Viele von ihnen sind gut ausgebildet, haben aber auf dem Arbeitsmarkt mit vielen Ressentiments zu kämpfen und sind in ihrem alltäglichen Leben einer enormen Doppelbelastung ausgesetzt. Alleinerziehende mit einem behinderten Kind haben es nochmals schwerer. Die Erhöhung der Sensibilität für die Belange von Alleinerziehenden ist auf allen Ebenen durchaus steigerungsfähig. Denn hierbei geht es nicht nur um die Alleinerziehenden selbst, sondern auch um ihre Kinder: Das Armutsrisiko von Kindern Alleinerziehender ist in Deutschland fast dreimal so hoch wie das von Kindern, die in Paarfamilien aufwachsen.

Gewalt gegen Frauen

Das Thema „Gewalt gegen Frauen“ ist nach wie vor wichtig. Im letzten Jahr gab es ja hier in Potsdam zwei ganz besonders schlimme Fälle von Gewalt gegen Frauen, die mich in ihrer Brutalität sehr erschüttert haben. Vielleicht haben sie es in der Presse verfolgt. Am 14. Februar 2014 also zum Valentinstag, konnte ich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung dafür gewinnen, am weltweiten Aktionstag „One Billion Rising“ im Foyer des Stadthauses zu tanzen.

Der Hintergrund dieser Aktion: Jede dritte Frau wird einmal im Leben Opfer von Gewalt. Weltweit sind es eine Milliarde bzw. „One Billion“. Die Idee von „One Billion Rising“ ist, dass für jede misshandelte Frau eine Frau, ein Mann oder ein Kind in der Öffentlichkeit tanzen und protestieren soll, denn noch schöner als Blumen zum Valentinstag ist das Versprechen der Gewaltfreiheit.

Auf den Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen mache ich jedes Jahr mit der Fahnenhissung vor dem Stadthaus aufmerksam und gemeinsam mit dem Arbeitskreis Opferschutz habe ich einen Fachdialog zum Gewaltschutzgesetz im Begegnungszentrum Oscar durchgeführt. Ziel des Gesetzes ist u.a. ein verbesserter Opferschutz und eine konsequente strafrechtliche Verfolgung der Täter.

Ich bin sehr froh, dass das Frauenhaus in Potsdam von der Stadt so gut unterstützt wird. Seit Jahren fordern Gleichstellungsbeauftragte und Frauenverbände, dass die finanzielle und personelle ausreichende Ausstattung von Frauenhäusern als Pflichtaufgabe in die Regelfinanzierung des Landes aufgenommen wird. Leider bisher ohne Erfolg.

Bundeskongress

Ein besonderer Höhepunkt in meiner bisherigen Amtszeit war die Durchführung des Bundeskongresses der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Im Januar 2014 stand die Landeshauptstadt Potsdam im Mittelpunkt der Frauen- und Gleichstellungspolitik. Mehr als 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind der Einladung der Landeshauptstadt Potsdam gefolgt und haben am Empfang der Stadt und dem anschließenden zweitägigen Bundeskongress teilgenommen, auf dem wichtige gleichstellungspolitische Strategien entwickelt wurden und der im Ergebnis, auch für die Landeshauptstadt Potsdam, ein schöner Erfolg war.

Straßennamen

Es gibt noch viele weitere Felder, auf denen Frauen und Männer, auch in Potsdam, nicht gleich gestellt sind und die unser Engagement erfordern. Das fängt mit den Potsdamer Straßennamen an: hier stehen mehr als 300 männliche Namen 40 weiblichen gegenüber. Bei den Schulnamen sieht es nicht anders aus: hier ist das Verhältnis 30:6. Und es ist ja nicht so, dass Potsdam keine weiblichen Vorbilder vorzuzeigen hätte. In der Geschichtsschreibung und in der öffentlichen Wahrnehmung tauchen diese Potsdamer Pionierinnen aber so gut wie nicht auf. Die Potsdamer Geschichte steht jedoch auch auf dem Fundament des Wirkens ihrer Frauen. Es gilt, diese endlich zu entdecken und zu würdigen und ihnen den gebührenden Platz einzuräumen und dazu gehört eben auch die Benennung von Straßen oder Schulen nach weiblichen Vorbildern.

Kommunalpolitik

Ich komme zur politischen Interessensvertretung: Auf kommunaler Ebene, dort wo die Demokratie ihre Basis hat und wo die politischen Entscheidungen das Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen, ist die Unterrepräsentanz von Frauen immer noch deutlich gegeben. Maßnahmen, die erforderlich wären, um hier eine größere Ausgewogenheit zu erzielen, wie zum Beispiel, dass die Parteien mehr Frauen als Kandidatinnen aufstellen bzw. sie auch ermutigen zu kandidieren, sind bekannt und sollten verstärkt umgesetzt werden. Deswegen mein Appell an Sie: Denken Sie dieses Ungleichgewicht immer mit und fördern sie Frauen, wo es Ihnen in Ihrer politischen und beruflichen Verantwortung möglich ist.

Qualifizierte Frauen benötigen am Anfang gute Mentoren und Mentorinnen, die sie protegieren. Viele Männer und Frauen in wichtigen politischen und wirtschaftlichen Ämtern wären ohne ihre Fürsprecher nicht da, wo sie heute stehen.

Internationaler Frauentag

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,
zum Schluss möchte ich Sie auf die 25. Brandenburgische Frauenwoche aufmerksam machen, die in diesem Jahr unter dem Motto „Weite Wege zur Gerechtigkeit“ steht. In Potsdam gibt es dazu in den folgenden zwei Wochen ein vielfältiges Programm. Öffentlichkeitsarbeit und die Durchführung von Tagungen und Veranstaltungen sind für mich wichtige Instrumente, um für gleichstellungspolitische Themen zu sensibilisieren und darüber zu informieren. Jahreshöhepunkt ist die Festveranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März um 19 Uhr im Nikolaisaal. Dazu möchte ich Sie ganz herzlich einladen.

Es ist ein Sonntagabend und – wie ich finde – eine gute Alternative zum Tatort.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit!